



AUSGABE 66
Juni 2009

ANALYSEN & ARGUMENTE

Argumente für Afghanistan: Ein Leitfaden durch die deutsche Debatte

von Patrick Keller*

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sieht sich wachsenden Vorbehalten gegenüber: Während zu Beginn der Mission im Jahr 2002 noch eine Mehrheit der Bundesbürger dem Einsatz zustimmte, zeigen Umfragen aus dem Jahr 2009, dass nur noch knapp ein Drittel der Befragten die Fortsetzung des deutschen Einsatzes befürwortet. Das beflügelt die Gegner des Einsatzes, die „Afghanistan“ zum wichtigsten außenpolitischen Thema des Wahljahres machen wollen. Es ist daher an der Zeit, der populären Kritik an der deutschen Afghanistan-Politik die Argumente gegenüberzustellen, die nicht nur für eine Fortsetzung, sondern sogar für eine Verstärkung des deutschen Engagements in Afghanistan sprechen. Diese Argumente sind zu oft auf die routinierteren Diskurse der Fachkreise beschränkt; es ist notwendig, sie einer breiteren Öffentlichkeit (wieder) zugänglich zu machen.

** Ich danke Andreas Schulze, David Wartmann und Ingmar Zielke für ihre Unterstützung bei Recherche und Konzeption.*

Ansprechpartner

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-940955-88-3



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | 1. EINFÜHRUNG

3 | 2. VORBEHALTE GEGENÜBER DEM DEUTSCHEN EINSATZ

2.1	„Der Einsatz in Afghanistan ist nicht im deutschen Interesse“	3
2.2	„Der Einsatz der NATO in Afghanistan ist völkerrechtswidrig“	4
2.3	„Afghanistan ist militärisch nicht zu befrieden“	5
2.4	„Es ist illusorisch, Afghanistan demokratisieren zu wollen“	5
2.5	„Der Einsatz in Afghanistan nimmt kein Ende und erzielt nur wenige Erfolge“	6

7 | 3. SCHLUSSBEMERKUNG

8 | 4. VERWEISE



1. EINFÜHRUNG

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. So sind im Jahr 2008 mehr afghanische Zivilisten bei Kampfhandlungen getötet worden als in jedem anderen Jahr seit dem Sturz der Taliban 2001. Insgesamt waren im vergangenen Jahr über 2000 zivile Opfer zu beklagen, ein Anstieg um mehr als 40 % im Vergleich zum Jahr 2007. Auch die Bundeswehr hatte 2008 mehr Verluste zu beklagen als in jedem Jahr seit 2003; insgesamt hat der Afghanistan-Einsatz bislang 32 deutsche Soldaten das Leben gekostet.

Diese Verschlechterung der Sicherheitslage ist dem Erstarren von Aufständischen und Taliban geschuldet, vor allem in den östlichen und südlichen Regionen des Landes. (Die Bundeswehr ist im Wesentlichen im Norden sowie um die Hauptstadt Kabul eingesetzt.) Einige Bündnispartner reagierten mit einer Steigerung ihrer militärischen Kontingente. So hat Deutschland die Obergrenze seiner beteiligten Soldaten schrittweise von 1.200 (2001) auf 4.500 (2009) erhöht, während Präsident Obama schon kurz nach seiner Amtsübernahme erklärt hat, das amerikanische Kontingent um 17.000 Soldaten (plus 4.000 Soldaten für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte) erweitern – und damit annähernd verdoppeln – zu wollen. Insgesamt umfasst die internationale Schutztruppe für Afghanistan, ISAF (*International Security Assistance Force*), derzeit fast 60.000 Soldaten aus 42 Ländern. Deutschland ist nach den USA und Großbritannien der drittgrößte Truppensteller.

Zugleich wird inner- und außerhalb der NATO, die seit 2003 das Kommando über die ISAF führt, über die Strategie für den Einsatz diskutiert. Insbesondere das richtige Verhältnis ziviler und militärischer Komponenten, der angemessene Umgang mit der afghanischen Regierung, die Rolle des Nachbarlandes Pakistan und die genaue Definition des Einsatzzieles sind Gegenstand der Debatte.

Vor diesem Hintergrund mehren sich vor allem in Deutschland die Stimmen, die den Sinn des militärischen Engagements in Afghanistan grundsätzlich in Zweifel ziehen: Warum kämpfen deutsche Soldaten überhaupt in diesem weit entfernten Land? Nützt dieser Einsatz den deutschen Interessen? Ist die Militarisierung eines solchen Konfliktes nicht kontraproduktiv? Besteht in Afghanistan überhaupt eine Aussicht auf Erfolg? Und was heißt überhaupt „Erfolg“ in Afghanistan, wo doch eine demokratische Stabilisierung durch die NATO in diesem Land illusorisch scheint? Wäre es nicht klüger, jetzt abzuziehen, anstatt noch Jahre vergeblicher Verluste und Kosten auf sich zu nehmen?

Viele dieser Überlegungen sind sehr ernst zu nehmen. Aber geben sie wirklich die Lage vor Ort korrekt wieder? Haben die Kritiker des Einsatzes wirklich die besseren Argumente? Nein, das Kalkül der Regierungen Schröder und Merkel, sich am Einsatz in Afghanistan zu beteiligen, gilt heute stärker denn je, wie eine sorgfältige Erörterung der häufigsten Vorbehalte gegenüber dem deutschen Afghanistan-Engagement zeigt.

2. VORBEHALTE GEGENÜBER DEM DEUTSCHEN EINSATZ

2.1 „Der Einsatz in Afghanistan ist nicht im deutschen Interesse“

Bis zum Herbst 2001 war Afghanistan ein sicherer Rückzugsraum für den internationalen Terrorismus. Hier liefen, geduldet und ermutigt vom Regime der radikalislamischen Taliban, die Fäden des al-Qaida-Netzwerkes zusammen: Afghanistan war Ausbildungsplatz und Planungszentrale des internationalen Terrorismus, wie er die USA am 11. September 2001 getroffen hat. Dies war der schwerwiegendste, aber nicht der erste Angriff internationaler Terroristen auf die USA. Und nicht nur die USA stehen im Fadenkreuz, denn der tödliche Hass der islamistischen Terroristen richtet sich auf den politischen Liberalismus und die Lebensart des Westens insgesamt. Dies unterstreichen die Anschläge in London, Madrid und Istanbul – und das schließt nur die Erfolge der Terroristen ein, nicht die große Zahl der vereitelten Operationen. Daher greift die Behauptung zu kurz, Deutschland sei in Afghanistan in einen Krieg verstrickt, von dem es ursprünglich nicht betroffen gewesen sei. Als Teil der westlich-liberalen Wertegemeinschaft ist es im Interesse Deutschlands, gegen die terroristische Bedrohung vorzugehen. Dazu gehört auch, die Unterstützer des Terrorismus auszuschalten und Rückzugsräume in Afghanistan zu verwehren.

Die Gefahr, die vom internationalen Terrorismus ausgeht, ist keine Fiktion und keine fiebrige Übertreibung nervöser Sicherheitspolitiker. Sie ist vielmehr eine Schattenseite der Globalisierung und des Phänomens versagender Staatlichkeit und zerfallener oder zerfallender Staaten. Denn Globalisierung erstreckt sich längst nicht mehr nur auf wirtschaftliche Zusammenhänge oder die Beschleunigung und Ausweitung der Informations- und Kommunikationstechnologie. Globalisierung hat auch eine sicherheitspolitische Dimension, weil die neue Durchlässigkeit von Grenzen, die weit reichende Verfügbarkeit von Informationen und die zunehmende weltweite Vernetzung aller Lebensbereiche auch den Feinden der liberalen Ordnung in die Hände spielen. Islamistische Terroristen bekämpfen die Globalisierung – beziehungsweise die sie ermöglichende liberale Ordnung – und benutzen sie zugleich. Unter diesen Bedingungen einer im Guten wie im Schlechten zusammenrückenden Welt kann es uns heute



nicht mehr gleichgültig sein, welche politischen Umstände in einem weit entfernten Land wie Afghanistan herrschen. Als hochindustrialisierte Exportnation profitiert Deutschland in besonderem Maße von der Globalisierung und hat daher sowohl ein besonderes Interesse als auch eine besondere Verpflichtung, gegen die mit ihr einhergehenden Bedrohungen einzuschreiten.

Auf Dauer wird Afghanistan dem internationalen Terrorismus allerdings nur dann keinen Rückzugsraum mehr bieten, wenn im Land selbst alternative politische und wirtschaftliche Perspektiven entstehen. Deswegen genügt es nicht, in Afghanistan „Terroristen zu jagen“ oder „al-Qaida für 9/11 zu bestrafen“ und anschließend abzuziehen. Das Ziel einer langfristigen Strategie zum Schutz unserer eigenen Sicherheit muss daher der Aufbau eines gefestigten politischen und gesellschaftlichen Systems in Afghanistan sein, das sich aus eigener Kraft terroristischer Einflüsse erwehren kann. *Nation-building* und die Etablierung guter Regierungsführung in Afghanistan sind kein Gutmenschentum, sondern dienen handfesten deutschen Sicherheitsinteressen.

Nicht zuletzt ist das deutsche Engagement in Afghanistan eine Frage der Bündnissolidarität. Die NATO ist in Afghanistan im Einsatz, weil ihre Mitglieder nach 9/11 erstmals den Bündnisfall nach Artikel V des NATO-Vertrages ausgerufen haben: Ein Angriff gegen einen Bündnispartner wird als Angriff gegen alle betrachtet. Ursprünglich war dies als Garantie für Westeuropa gedacht, dass die USA im Falle eines sowjetischen Angriffs zu Hilfe kommen würden – und sicher so Frieden und Freiheit Westeuropas im Kalten Krieg. Daher ist es folgerichtig, dass nun die Europäer – entgegen dem amerikanischen Zögern – die amerikanische Selbstverteidigung in Afghanistan zur NATO-Aufgabe gemacht haben.

So kommt es, dass nun Nationen wie Kanada und die Niederlande, denen man kaum vorwerfen kann, einem überschwänglichen Militarismus zu frönen, verlustreiche Führungsaufgaben in den gefährlichsten Regionen Afghanistans übernommen haben. Sie tun dies, weil sie verstanden haben, dass der Angriff der radikalen Islamisten auf die USA auch sie selbst unmittelbar betrifft – wirtschaftlich, weltanschaulich und eben über den NATO-Vertrag auch politisch-juristisch. Daher steht auch Deutschland Seite an Seite mit seinen Partnern; es ist diese gelebte Bündnissolidarität, welche die NATO lebendig macht. Es ist im deutschen Interesse, dass die sicherheitspolitische Versicherung der NATO auch weiterhin lebendig und glaubwürdig bleibt.

Der Einsatz in Afghanistan dient daher in mehrfacher Hinsicht deutschen Interessen: Der Bekämpfung des auch Deutschland bedrohenden internationalen Terrorismus; der Verteidigung und Gestaltung der Globalisierung; und der Stärkung der NATO im Ganzen und der Bündnissolidarität im Besonderen.

2.2 „Der Einsatz der NATO in Afghanistan ist völkerrechtswidrig“

Manche Gegner des Einsatzes begründen ihre eigentlich politisch motivierte Ablehnung mit diesem juristischen Argument. Es ist jedoch nicht stichhaltig. Denn die ISAF ist direkt vom UN-Sicherheitsrat ins Leben gerufen worden: Die Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001 autorisiert die ISAF, in Kabul und Umgebung für Sicherheit zu sorgen, damit die afghanische Regierung und das UN-Personal ungefährdet arbeiten können. Die UN-Resolution gibt der ISAF das Recht, „alle notwendigen Mittel einzusetzen, um dieses Mandat zu erfüllen.“ Die räumliche Begrenzung des Mandats ist später ausgeweitet worden. Auf Grundlage dieser Resolution beschloss der Deutsche Bundestag zwei Tage später die deutsche Beteiligung an ISAF. Auch dieses Mandat des Bundestages ist in der Folge durch neue Beschlüsse ausgeweitet worden.

Basis dieser Beschlüsse – und auch der amerikanisch geführten multinationalen *Operation Enduring Freedom* (OEF) zur Bekämpfung des Terrorismus – ist die Charta der Vereinten Nationen. Denn sie gestattet zwei Ausnahmen vom Gewaltverbot: die vom UN-Sicherheitsrat mandatierte Zwangsmaßnahme (Art. 42) und das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht (Art. 51). Auf beides berufen sich die wichtigsten Afghanistan-Resolutionen des Sicherheitsrates nach dem 11. September 2001, die Resolutionen 1368, 1373 und 1386. Gegen terroristische Angriffe aus dem Ausland dürfen sich Staaten ebenso verteidigen wie gegen „klassisch-konventionelle“ Angriffe anderer Staaten – jedenfalls dann, wenn ein anderer Staat diesem Terror Vorschub leistet. Diese Interpretation wird schon seit langer Zeit von UN-Beschlüssen wie der *Friendly-Relations Declaration* (1970) und der Aggressionsdefinition (1974) getragen. Dass die afghanischen Machthaber der Taliban dem internationalen Terrorismus Vorschub leisten, stellte der UN-Sicherheitsrat zuletzt in Resolution 1333 im Jahr 2000 fest.

Der UN-Sicherheitsrat legitimiert also den amerikanischen Einsatz in Afghanistan als Akt der Selbstverteidigung. Im Zuge der kollektiven Selbstverteidigung legitimiert er auch die deutsche Beteiligung. Nach deutschem Recht ist die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung der NATO (wie der Vereinten Nationen) nach Artikel 24, Absatz 2 des Grundgesetzes legitim. Dass diese Selbstverteidigung auch außerhalb des Bündnisgebietes stattfinden darf, hat das Bundesverfassungsgericht im AWACS-Urteil von 1994 bestätigt.

Der deutsche Einsatz in Afghanistan ist daher nicht nur vom Bundestag legitimiert worden, sondern er befindet sich auch im Einklang mit internationalem und nationalem Recht.



2.3 „Afghanistan ist militärisch nicht zu befrieden“

Viele Kritiker des NATO-Einsatzes prophezeien dem Bündnis eine politische und militärische Niederlage in Afghanistan. Sie verweisen auf Afghanistans Geschichte als „Friedhof der Imperien“: Die britischen Kolonialtruppen sind ebenso wie die Rote Armee der Sowjetunion trotz ihrer enormen technologischen Überlegenheit am zähen Widerstand der afghanischen Kämpfer und dem zerklüfteten Terrain gescheitert. Gerne wird dieses Argument auf die Pointe gebracht, nur einer habe Afghanistan je unterwerfen können: Alexander der Große, der im vierten Jahrhundert vor Christus mit seinen Truppen von Südwesten in das Land eindrang und es noch im selben Jahr nach Nordosten wieder verließ. Nur der baldige Abzug, so die Lehre, könne die NATO vor einem ebenso verlustreichen wie aussichtslosen Kampf bewahren.

Diese historisch fundierten Warnungen haben einen wahren Kern, den die USA schon in Vietnam und den ersten Jahren im Irak erfahren haben: Zahlenmäßige und militärtechnologische Überlegenheit allein garantieren keinen Erfolg. Die Kritiker übersehen jedoch einen wichtigen Unterschied zwischen der Rolle der NATO im heutigen Afghanistan und allen historischen Exempeln: Die NATO agiert als Befreier, der den Afghanen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen will – und wird auch von der Mehrheit der Afghanen so wahrgenommen. Umfragen zeigen, dass im Nordwesten, wo die Bundeswehr aktiv ist, 72 % der Afghanen die Rolle der NATO positiv bewerten. Im Südosten, wo die Taliban auch Dank der Unterstützung durch radikalislamische Kräfte auf pakistanischer Seite wiedererstarkt sind, liegt der Wert immerhin noch bei 45 % (nachdem er dort 2006 noch bei 83 % gelegen hatte). Das Absinken der Zustimmung ist eine Folge der massiven Kampfhandlungen, die das alltägliche Leben erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Denn in einem sind sich die Afghanen aller Regionen einig: In einer kürzlichen Umfrage der ARD, BBC und ABC gaben nur 4 % an, sie wollten wieder unter der Herrschaft der Taliban leben.

Nur die NATO kann diese Freiheit von der Tyrannei der Taliban garantieren, solange afghanische Armee und Polizei noch in Aufbau und Ausbildung begriffen sind. Deswegen fordert der afghanische Präsident Hamid Karzai auch regelmäßig eine Aufstockung nicht nur der Ausbildungskräfte, sondern auch der westlichen Streitkräfte. Es ist richtig, dass nur der Ausbau der afghanischen Infrastruktur, die Professionalisierung afghanischer Sicherheitskräfte und der Aufbau der afghanischen Wirtschaft das Land langfristig stabilisieren können. Diesem Ansatz Vernetzter Sicherheit hat sich die Bundesregierung schon lange verschrieben. Er ist ein Eckpfeiler der gesamten NATO-Strategie für Afghanistan. Aber es ist auch richtig, dass zivile Hilfe und die Stärkung der Strukturen des afghanischen Staates nicht wirken können, wenn sie nicht in einem sicheren Umfeld erfolgen. Daher

bleibt die militärische Dimension unverzichtbar. Sie muss allerdings durch zivile Hilfe, Maßnahmen zum *nation-building* und die diplomatische Einbindung der Nachbarn Afghanistans flankiert werden, um dauerhaft Erfolge zeitigen zu können.

Afghanistan kann militärisch allein nicht befriedet werden, aber ohne den Einsatz militärischer Mittel ist kein Fortschritt und kein Frieden in Afghanistan möglich.

2.4 „Es ist illusorisch, Afghanistan demokratisieren zu wollen“

Selbsternannte „Realisten“ werfen den NATO-Staaten – und insbesondere den USA – vor, in Afghanistan das naive und gefährliche Ziel zu verfolgen, aus dem rückständigen Land eine Muster-Demokratie machen zu wollen. Die Jahrhunderte alte Stammeskultur Afghanistans mache es unmöglich, eine Zentralgewalt und demokratische Prinzipien durchzusetzen. Wenn überhaupt könne dies nur in einem langsamen internen Prozess geschehen, aber nicht von außen dekretiert werden. Anstatt also das Leben der NATO-Soldaten und das Geld der westlichen Steuerzahler für ein hoffnungsloses Unterfangen zu verschwenden, sollte man sich mit einer afghanischen Regierung arrangieren, die den internationalen Terror eindämmt, aber ansonsten keinen liberalen Ansprüchen zu genügen braucht.

Diese Haltung kommt im Mantel der politischen Klugheit daher, ist aber in mehrfacher Hinsicht dumm. Sie verkennt die Geschichte des schon 1747 gegründeten Landes, das ungeachtet seiner Stammeskriege einige starke Herrscher erlebt hat: Zum Beispiel Dost Mohammad, der 1842 die Briten zurückdrängte und über zwanzig Jahre an der Macht blieb, oder König Mohammad Zahir Shah, unter dessen Herrschaft von 1933 bis 1973 Afghanistan nicht nur bemerkenswerten wirtschaftlichen Fortschritt erlebte, sondern auch über eine demokratische, geschriebene Verfassung verfügte, die unter anderem das Frauenwahlrecht garantierte. Erst mit dem marxistischen Putsch von 1978 begann die dunkle, moderne Phase Afghanistans einschließlich der sowjetischen Invasion von 1979 bis 1989 und dem Regime der Taliban von 1994 bis 2001. Demokratie ist dem Land nicht grundsätzlich fremd, sondern passt durchaus zu seiner Tradition der Stammesräte, die auf die Zustimmung der Gemeinschaft angewiesen sind. Eine föderale Demokratie, in der die Gouverneure nicht vom Präsidenten ernannt, sondern in regionalen Wahlen bestimmt werden, käme der politischen Tradition Afghanistans entgegen.

Die „Realisten“ verkennen zudem, dass internationale Politik im 21. Jahrhundert unter anderen Bedingungen stattfindet als im Kalten Krieg. Im strategischen Kalkül der Blockkonfrontation mag es für den Westen noch sinnvoll gewesen



sein, Despoten zu unterstützen, solange sie sich nur gegen den Kommunismus stemmten. Das Beispiel der Taliban in Afghanistan zeigt aber, dass diese Logik heutzutage nicht mehr zutrifft, sondern dem Westen langfristig die erbittertesten Feinde schafft. Ein Afghanistan, das sich des islamistischen Terrorismus dauerhaft erwehrt, wird es nur geben, wenn die gesamte Bevölkerung zum *stakeholder* ihres eigenen Landes wird, also Anteil an politischen und wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen und ihren Folgen nimmt. Deswegen braucht Afghanistan freiheitliche Strukturen.

Das Land wird und kann zunächst keine „Westminster-Demokratie“ werden; niemand im Westen setzt sich derzeit ernsthaft dieses Ziel. Die Gegner des Afghanistan-Einsatzes benutzen diese Formulierung, um die vermeintlich übertriebenen Ansprüche der Befürworter zu karikieren und sie dann umso genüsslicher als naiv entlarven zu können. In Wahrheit liegt das Ziel des Einsatzes aber „nur“ darin, einen funktionstüchtigen Staat zu erschaffen, der in der Lage ist, sich gegen seine Feinde zu verteidigen, und der den Menschen in Afghanistan – im Einklang mit ihren kulturellen Traditionen – ein Mitbestimmungsrecht gibt. Die ersten Ansätze dafür, etwa im entstehenden Rechtsstaat und der Wahlbeteiligung, sind ermutigend.

Die Annahme, Demokratie sei ein schwer vermittelbares Luxusgut und habe in jedem Fall hinter der Etablierung von Sicherheit und Ordnung zurückzustehen, ist falsch. Sie mag sich aus der deutschen Geschichte ableiten lassen, aber sie gilt nicht für die Situation am Hindukusch. Dort sind demokratische Reformen, die Stabilität des Landes und damit auch die Sicherheit des Westens untrennbar miteinander verbunden. Es ist nicht möglich, erst Sicherheit und Stabilität zu schaffen und danach freiheitliche Strukturen etablieren zu wollen. Beides muss parallel vonstatten gehen, denn ohne die sichtbare politische und wirtschaftliche Anteilnahme der afghanischen Bevölkerung an ihrer eigenen Zukunft werden die westlichen Schutztruppen die zusammengewürfelte Koalition aus Unzufriedenen, Kriminellen und Taliban nicht befrieden können.

Es ist daher nicht illusorisch, Afghanistan demokratisieren zu wollen; vielmehr ist es illusorisch, Afghanistan ohne Demokratisierung befrieden zu wollen.

2.5 „Der Einsatz in Afghanistan nimmt kein Ende und erzielt nur wenige Erfolge“

Einige anfängliche Befürworter des Einsatzes in Afghanistan sind in den vergangenen Jahren skeptisch geworden: Deutschland hat sich mit hehren Absichten engagiert, um die eigene Sicherheit und die der Verbündeten zu gewährleisten und zugleich den Afghanen Freiheit und eine stabile Zukunftsperspektive zu ermöglichen – *a case of doing well*

by doing good. Aber die Bilanz nach fast acht Jahren ist ernüchternd. Haben wir tatsächlich ein erreichbares Ziel vor Augen und messbare Fortschritte erzielt, oder verfolgen wir eine falsche Strategie, die uns auf unabsehbar lange Zeit an einen verlustreichen, kostspieligen und frustrierenden Einsatz ketten wird?

Die NATO hat ein klares Ziel formuliert: Afghanistan muss in die Lage versetzt werden, sich selbständig vor inneren und äußeren Bedrohungen – insbesondere der neuerlichen Unterwanderung durch den internationalen Terrorismus – schützen zu können. Zu diesem Zweck müssen in Afghanistan stabile und zumindest in den Grundzügen freiheitliche staatliche Strukturen etabliert werden. Wenn dieses Ziel erreicht ist, können die westlichen Verbündeten zumindest den ganz überwiegenden Großteil ihrer Truppen abziehen. Das ist die *exit strategy* der NATO, die man besser *success strategy* nennen sollte.

Dies ist ein ebenso ehrgeiziges wie notwendiges, aber kein naives Ziel. Um es zu erreichen, setzen Deutschland und die NATO auf den *comprehensive approach*, das Konzept der Vernetzten Sicherheit: Das Zusammenspiel von Sicherheit und Entwicklung bereitet, in enger Kooperation mit den afghanischen Partnern, die Grundlage für ein stabiles, friedliches und prosperierendes Afghanistan. Für die Sicherheit sind die Soldaten der NATO zuständig, deren Aufgabe es ist, die afghanische Bevölkerung vor den Extremisten zu beschützen, die das Land terrorisieren und wieder ihrer radikal-islamischen Kulte unterwerfen wollen. Dieser Kampf entspricht vielleicht nicht der völkerrechtlichen Definition eines Krieges, aber im praktischen Sinne ist er genau das: ein Krieg, den die NATO-Staaten für ihre Sicherheit und die Freiheit der Afghanen führen. Es wäre aufrichtig und eine wichtige Unterstützung für die Soldaten im Einsatz, auch tatsächlich von „Krieg“ zu sprechen. Die afghanische Armee und die afghanische Polizei, die bei der Bevölkerung hohes Ansehen genießen, übernehmen dabei immer größere Verantwortung, sind aber noch nicht stark genug, um ihre Aufgaben ohne westliche Unterstützung bewältigen zu können.

Für die zweite Komponente der Strategie, die Entwicklung, sind nicht in erster Linie die Soldaten zuständig, aber erst sie schaffen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklungshilfe. Es ist bemerkenswert, wie viele Erfolge bei der Verbesserung der Infrastruktur seit 2001 erzielt werden konnten: zum Beispiel sind über 13.000 Kilometer Straße wieder aufgebaut worden, wurde allein im ländlichen Bereich mehr als drei Millionen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser verschafft und die Elektrizitätsversorgung für weitere vier Millionen Menschen sichergestellt. Mehr als sechs Millionen Kinder sind neu eingeschult worden, wobei mehr als ein Drittel der Schüler Mädchen sind, denen zur Zeit der Taliban die Schulbildung untersagt war. Über 50.000



Menschen studieren an den 19 Universitäten des Landes, und mehr als 10.000 Menschen besuchen eine technische Berufsschule. Die Wirtschaft des Landes wuchs seit 2001 im Schnitt im zweistelligen Bereich, das Pro-Kopf-Einkommen hat sich mehr als verdoppelt. Allein bis 2006 sind eine Milliarde Euro an Direktinvestitionen in das Land geflossen – ungefähr der Betrag, den Deutschland bis 2010 an humanitärer Hilfe, Not- und Übergangshilfe aufgebracht haben wird. Die Fortschritte in Afghanistan, gerade im Vergleich zu den Taliban-Jahren, sind mit Händen zu greifen. Das Land ist noch nicht am Ziel, aber auf dem richtigen Weg.

Nichtsdestotrotz liegt noch vieles im Argen. Während die Mehrzahl der afghanischen Regionen relativ friedlich ist, erstarken vor allem im Südosten die Taliban. Die Ausbildung der afghanischen Polizisten kommt nur schleppend voran – nicht zuletzt aufgrund des halbherzigen Engagements vieler NATO-Länder. (Insbesondere Deutschland und die EU haben in dieser Frage keine zufriedenstellenden Ergebnisse geliefert.) Die afghanische Regierung ist bis in das nächste Umfeld von Präsident Karzai korrupt und teilweise inkompetent. Der Drogenanbau und die mit ihm einhergehenden kriminellen Strukturen unterhöhlen weiterhin die Stabilität des Staates.

Keines dieser Probleme ist auf die leichte Schulter zu nehmen. Allerdings ist auch keines dieser Probleme so fundamental, dass es nicht durch eine entschlosseneren Umsetzung des *comprehensive approach*, die Stärkung des militärischen und zivilen Engagements der NATO-Staaten und ihrer Partner, eingedämmt werden könnte. Die Signale der amerikanischen Truppenverstärkung, der finanziellen Zusagen auf der Geberkonferenz von Den Haag sowie die auf dem Gipfel in Straßburg, Baden-Baden und Kehl neuformulierte Afghanistan-Strategie der NATO weisen in die richtige Richtung.

Auch mit der richtigen Strategie wird das Ziel in Afghanistan nicht über Nacht zu erreichen sein. Niemand kann sagen, wie lange das Engagement des Westens noch währen muss. Die Niederlande und Kanada haben den Rückzug ihrer Truppen für 2010 bzw. 2011 in Aussicht gestellt. Es ist aber davon auszugehen, dass die NATO insgesamt noch zehn, vielleicht zwanzig Jahre länger bleiben muss, dabei ihr Engagement aber schrittweise und mit dem Entstehen leistungsfähiger afghanischer Sicherheitskräfte verringern kann. Sie tut dies, um eine ehrenhafte Aufgabe zu erfüllen, die ihren eigenen Interessen dient.

3. SCHLUSSBEMERKUNG

Die Skepsis gegenüber dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist nachvollziehbar: Deutschland wurde nicht von einem Angriff getroffen, und trotzdem befindet sich die Bundeswehr seit über sieben Jahren in einem Einsatz „am

anderen Ende der Welt“, in einer schwer überschaubaren Mission und in einer komplexen Konstellation verschiedener Akteure und Einflüsse. Der Einsatz der Bundeswehr ist berechtigt und notwendig, aber die Argumentation bleibt abstrakt: Nur wenige deutsche Bürger fühlen sich vom internationalen Terrorismus konkret bedroht, und der Begriff der Bündnissolidarität entspringt einer strategischen Logik, die sich im Alltag nicht so unmittelbar erschließt wie in den Planungen der Sicherheitspolitiker.

Paradoxerweise ist beides ein Glück. Es ist ein Glück, dass Deutschland noch keinen Terrorangriff im Maßstab von 9/11 oder der Bomben in der Londoner U-Bahn erleiden musste. Und es ist auch ein Glück, dass die Deutschen in solcher Zufriedenheit leben können, dass sie nicht täglich über die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsgarantie der NATO grübeln müssen – dies ist das beste Zeichen dafür, dass diese Sicherheitsgarantie funktioniert. Dieses doppelte Glück gefährdet jedoch sich selbst, indem es die Grundlagen einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik untergräbt, die in einer Demokratie immer zumindest auf das wohlwollende Desinteresse (wenn schon nicht die begeisterte Zustimmung) der Bürger angewiesen ist.

Denn aus diesem Glück droht ein unglückseliger, verführerischer Isolationismus zu erwachsen. Viele Bürger nehmen ihre privilegierte und sichere Lebensweise für selbstverständlich und sehen ausgerechnet in den Garanten dieser Lebensweise die größte Gefahr: Immer wieder hört man die Ansicht, Deutschland solle sich aus dem Afghanistan-Konflikt heraushalten, dies sei ein Krieg der USA, und jeder, der sich den Amerikanern anschließe, gerate erst dadurch ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Die pazifistische Forderung nach militärischer Abstinenz und wolkige Mahnungen zum „Dialog“ mit islamistischen Terroristen sind der politische Ausdruck einer Illusion. Hinter diesen Forderungen steht nicht die Sehnsucht nach Frieden, sondern nur danach, in Frieden gelassen zu werden.

Die internationale Politik des 21. Jahrhunderts, die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konsequenzen der Globalisierung erlauben solchen Neoisolationismus nicht. Nichteinmischung ist keine Option, denn auch wer nichts tut, ist betroffen. So sind die Folgen eines voreiligen Abzugs der NATO aus Afghanistan offenkundig: Umgehend würden sich die Taliban wieder mit roher Gewalt die Herrschaft über das Land erzwingen, unterstützt vom Kalkül skrupelloser „warlords“. Die erreichten Fortschritte in der wirtschaftlichen Gesundung des Landes, der politischen Liberalisierung und der Verwirklichung der Menschenrechte würden augenblicklich zunichte gemacht. Der islamistische Terrorismus hätte wieder eine Basis für sein tödliches Wirken und würde durch diesen „Sieg“ einen weltweiten Motivationsschub erfahren. Die destabilisierenden Auswirkungen dieser Entwicklung auf



die Region, insbesondere auf die Nuklearmacht Pakistan, wären in ihrer Reichweite nicht abzusehen.

Daher muss sich auch Deutschland der Herausforderung des internationalen Terrorismus stellen; auch Deutschland muss für seine eigene Sicherheit, die Sicherheit seiner Verbündeten und den Fortbestand seiner liberalen Wertordnung aktiv werden. Ende 2001 war dies die Überzeugung, die den Westen, mandatiert vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, zum Einsatz in Afghanistan geführt hat. Nicht immer haben alle Bündnispartner diesen Einsatz mit dem notwendigen Engagement und der adäquaten Strategie betrieben – und haben daraus gelernt. Daher müssen die Regierungen und die Bürger der Bündnisstaaten die Geduld und die Energie aufbringen, den militärischen Schutz und den zivilen Wiederaufbau Afghanistans noch entschlossener weiterzuführen. Das erwartet die afghanische Bevölkerung von uns, und wir sollten es auch von uns selbst erwarten. Ein stabiles, friedliches und prosperierendes Afghanistan muss keine Utopie bleiben.

4. VERWEISE

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der besseren Lesbarkeit hat der Verfasser dieses Argumentationspapiers auf Fußnoten verzichtet. Wer die Quellen der Zahlenangaben prüfen möchte oder sich intensiver in die Afghanistan-Debatte einarbeiten möchte, findet in diesen Verweisen eine Einstiegshilfe.

1. Die *Haltung der Deutschen* zum Afghanistan-Einsatz wird in zahlreichen Umfragen abgebildet. Die Ergebnisse unterscheiden sich, je nach Institut und Fragestellung, sehr. Allen gemein ist aber, dass die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz in den letzten Jahren gesunken ist. Exemplarisch sind der Forschungsbericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vom September 2008 (Emnid; www.sowi.bundeswehr.de) und die Forsa-Umfrage für das Magazin *Cicero* im März 2009 zu nennen.

2. Die *Haltung der afghanischen Bevölkerung* zum NATO-Einsatz dokumentieren die Erhebung der Asia Foundation (<http://asiafoundation.org/country/afghanistan/2008-poll.php>) und die Umfrage der Fernsehsender ABC, ARD und BBC (<http://abcnews.go.com/PollingUnit/story?id=6787686>).

3. Zahlreiche Informationen zur Gestaltung der Afghanistan-Mission finden sich auf der offiziellen Homepage der ISAF: <http://www.nato.int/ISAF/>

4. Fragen rund um den deutschen Einsatz beantwortet das Afghanistan-Portal der Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Afghanistan/afghanistan.html>.

5. Eine Übersicht der Verluste der internationalen Koalition in Afghanistan findet sich unter: <http://icasualties.org/oef/>.

6. In dieser englischsprachigen Reisereportage legen amerikanische Militärhistoriker dar, warum und wie der Afghanistan-Einsatz erfolgreich zu Ende geführt werden kann: <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/016/274efbdb.asp>.

7. Informationen zur Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afghanistan finden sich hier: <http://www.kas.de/proj/home/home/80/1/index.html>.